

Kleine Anfrage 987

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Umgang der Kommunalaufsicht mit rechtswidrigen Beschlüssen; Rolle des Landrates als allgemeine untere Landesbehörde

Die Stadtverordnetenversammlung Altlandsberg hat für das Projekt „Schlossgut“ Investitionen in Millionenhöhe beschlossen. Entgegen § 46 BbgKVerf wurde der Ortsbeirat nicht beteiligt. Ein Stadtverordneter rügte dies unverzüglich nach Beschlussfassung bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Märkisch-Oderland. Erst 4,5 Monate später reagierte die Kommunalaufsicht. In ihrem Antwortschreiben wurden irritierende Ausführungen hinsichtlich der Bindung an Recht und Gesetz und der Verpflichtung zur Durchsetzung von Landesrecht gemacht. So schreibt der Landrat in seinem Schreiben vom 30.07.2015 wörtlich:

*"Vorausschicken möchte ich, dass die Kommunalaufsicht ausschließlich im öffentlichen Interesse tätig wird. Es liegt in ihrem pflichtgemäßen Ermessen, ob und mit welchen Mitteln sie auf rechtswidriges Handeln von Gemeinden reagiert. Insbesondere wird sie in der Regel nicht tätig, wenn Mitglieder von Gemeindevertretungen selbst die Mittel und Möglichkeiten haben, unmittelbaren Einfluss auf das Handeln der Vertretungen auszuüben. **Die Kommunalaufsicht wird sich von einzelnen Vertretern nicht instrumentalisieren lassen, deren Ziele durchzusetzen, auch nicht unter dem Deckmantel, für ein rechtskonformes Handeln eintreten zu wollen. Da Sie selbst als Bewerber für die Wahl des Bürgermeisters angetreten sind, war es angebracht, die Beantwortung Ihrer E-Mail vom 23.03.2015 bis nach der Wahl auszusetzen, zumal nach erster Prüfung eine Beanstandung der von Ihnen genannten Beschlüsse ohnehin nicht in Frage kam.**"* (Hervorhebungen durch mich.)

Weiterhin wird argumentiert, dass laut Kommunalverfassung nicht klar sei, was eine Planung von Investitionsvorhaben genau sei, ob also der Ortsbeirat beteiligt werden müsse. Weiter heißt es:

"Ungeachtet der Frage, ob im Falle der o.g. Beschlüsse das Anhörungsrecht des Ortsbeirates Altlandsberg verletzt wurde, verbietet sich eine Beanstandung dieser Beschlüsse schon deshalb, weil sie bereits durchgeführt wurden und somit Außenwirkung erlangt haben."

Bemerkenswert hierbei ist, dass das 4,5-monatige Zuwarten der Kommunalaufsicht genau der Zeitraum ist, dessen Verstreichen erst dazu führte, dass der Beschluss

durchgeführt wurde, was nunmehr als Grund dafür genutzt wird, um sich einer Prüfung der Notwendigkeit kommunalaufsichtsrechtlichen Einschreitens zu entledigen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landrates von Märkisch-Oderland, wonach das Einfordern der Beachtung von Landesrecht (hier BbgKVerf) eine Instrumentalisierung der Kommunalaufsicht darstellt?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landrates von Märkisch-Oderland, dass es der Kommunalaufsicht freigestellt ist, ob sie bei gerügten Rechtsverstößen aktiv wird?
3. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen der Beantwortung einer Beschwerde über die Verletzung von Landesrecht und der Kandidatur des Beschwerdeführers fürs Amt des Bürgermeisters?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landrates von Märkisch-Oderland, dass die Kommunalaufsicht die Bearbeitung gerügter Rechtsverstöße mit der Begründung aufschieben darf, dass derjenige, der den Rechtsverstoß rügt, gerade für ein Amt kandidiert?
5. Ist es mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar, dass die Prüfung der Einhaltung von Landesrecht aufgeschoben wird, weil der Beschwerdeführer für ein vom Beschwerdegegenstand losgelöstes Amt kandidiert?
6. Ist es mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar, dass dieses sachwidrig begründete Aufschieben der Prüfung dann zu einem derartigen Zeitverzug führt, dass in der Zwischenzeit der beschwerdegegenständliche Beschluss durchgeführt wird, was sodann die Kommunalaufsicht als Grund nutzt, um unter Verweis auf die Durchführung eine Prüfung auch jetzt noch zu verweigern?
7. Hält die Landesregierung die zitierten Ausführungen des Landrates (insbesondere die fett hervorgehobenen) unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten für tragbar? Insbesondere unter Berücksichtigung dessen, dass er als allgemeine untere Landesbehörde tätig wird?
8. Wie definiert die Landesregierung eine „Planung von Investitionsvorhaben“ gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BbgKVerf.?
9. Bei welchem der Beschlüsse 119/14-SVV, 141/14-SVV und 159/14-SVV der SVV Altlandsberg handelt es sich nach Auffassung der Landesregierung um eine „Planung von Investitionsvorhaben“?
10. Wann müssen die Ortsbeiräte bei der Planung von Investitionsvorhaben beteiligt werden?